

BAHNLÄRM: Bürgerinitiative Stille Schiene will beim Projekt „Rhein-Neckar 21“ Interessen bündeln

Nur überregionale Konzepte zwingen Bahn zum Handeln

ARCHIV-ARTIKEL VOM DIENSTAG, DEN 01.09.2015

Offensichtlich wird allen Beteiligten immer klarer, dass die Bahnlärmproblematik entlang der so genannten Transversale Rotterdam-Genua, die in den kommenden Jahren wohl zur verkehrsstärksten Nord-Süd-Verbindung im europäischen Güterbahnverkehr ausgebaut werden wird, nur noch durch überregionale Maßnahmen und Konzepte sinnvoll behandelt werden kann. Das stellt die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim (BISS) in einer Pressemitteilung fest.

Ebenso werde deutlicher, dass im Hinblick auf steigenden Bahnlärm nicht nur im Bereich des Mittelrheintals erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die von wachsendem Bahnlärm bedrohten Anlieger der Bahnstrecke zwischen Karlsruhe und Basel haben sich bereits vor Jahren in mehreren regionalen Bürgerinitiativen organisiert und im Projekt "Baden 21" zu einer Dachorganisation mit mehr als 21000 Mitgliedern zusammengeführt.

Organisationsgrad erzeugt Druck

Mit dieser massiven Zahl betroffener und in Bürgerinitiativen organisierter Menschen entstand eine relevante Wählergruppe, um deren Gunst es sich für alle Parteien zu kämpfen lohnte. Mit dieser Macht im Rücken gelang es, die Ausbaupläne der Bahn massiv zu beeinflussen und eine Planung zu erzwingen, in der der Schutz betroffener Anlieger vor den gesundheitlichen Folgen des Bahnlärms eine ebenso hohe Bedeutung gewann wie der wirtschaftliche Nutzen der Bahnbetreiber.

Um die vielfältigen Interessen aller beteiligten Gruppierungen sinnvoll koordinieren zu können, wurde ein Projektbeirat gegründet, der alle erforderlichen Planungs- und Investitionsentscheidungen trifft. In dem Projektbeirat sitzen Vertreter der Bürgerinitiativen neben Vertretern der Bahn und des Eisenbahn-Bundesamts sowie der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik.

Allein für die rund 142 Kilometer lange Bahnstrecke zwischen Offenburg und Basel erreichten die im Projektbeirat "Baden 21" vertretenen Bürgerinitiativen, dass bisher circa 2,5 Milliarden Euro zusätzlich entlang der Strecke investiert oder freigegeben wurden.

Eine mit dem Projekt "Baden 21" vergleichbare Problematik ergebe sich auch entlang des Streckenabschnitts zwischen Frankfurt und Karlsruhe. Aktuell diskutierten hier eine Vielzahl von Bürgerinitiativen entlang der Strecke ihre partikularen Ansprüche mit Bahn und Politik. "Was dabei herauskommt, haben wir hier in Hockenheim bei der Anhörungsveranstaltung Ende Juni erlebt. Die Vertreter der Bahn nehmen weder die Stadt noch uns als Bürgerinitiative sonderlich ernst. Die haben den Termin mehr oder weniger regungslos ausgesessen", so BISS-Sprecher Konrad Sommer.

Positive Signale zur Gründung

Doch nun bewege sich etwas. Angeregt von der Bürgerinitiative "Gesundheit statt Bahnlärm in Mannheim (GESBIM)" würden erste Gespräche vorbereitet mit der Zielsetzung, ein Projekt "Rhein-Neckar 21" sowie einen Projektbeirat nach badischem Muster aufzusetzen. Sowohl der Landrat des Kreises Bergstraße, Matthias Wilkes, als auch die Deutsche Bahn AG hätten signalisiert, dass sie die Einrichtung eines solchen Projektbeirats unterstützen würden.

"Wir sehen darin zunächst eine große Chance, dass von der Politik mittelfristig zusätzliche Mittel für eine menschenverträgliche Lösung der Bahnlärmproblematik entlang der geplanten Strecke Frankfurt-Mannheim,

in Mannheim selbst, aber natürlich auch für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in Hockenheim bereitgestellt werden", sagt Konrad Sommer. Die vorbereitenden Gespräche werden nach der Sommerpause aufgenommen. kso

© Hockenheimer Tageszeitung, Dienstag, 01.09.2015